

war auch genau der Ansatzpunkt, um Differenzierungen in der Gemeinde durch die IM herbeizuführen und über die Kirchenleitung zu versuchen, den Hilse in der Gemeinde zu isolieren und ihm damit das Hinterland zu entziehen. Nach dieser ganzen Gruppenarbeit – nach 1989 – kam die normale Gemeinde wieder zum Vorschein und es geschah das, was schon gesagt wurde: Es wurde bei der Arbeit angeknüpft, als ob nichts passiert wäre. Auch jetzt, wo wir ein Stückchen Aufarbeitung der Vergangenheit versucht haben und einen Gesprächszyklus mit Stasi-Offizieren und unserem Bezirksbürgermeister hatten, ist dieser öffentliche Gesprächsgang abgelehnt worden – keine Öffentlichkeit. Sie ist auch an dieser Stelle wieder abgelehnt worden. (Zwischenruf: Von wem?) Von Gemeindegliedern. Es ist auch da wieder zu so einem Stückchen Diffamierung gekommen, indem gesagt wurde: Jetzt bastelt er noch an seinem Heiligenschein. Was ich vielleicht noch bemerken möchte, ist dieses, daß es bei den Verhaftungen keinen Einsatz zur Freilassung gegeben hat. Es wurde den Angehörigen gesagt: Wenn sie in die DDR entlassen werden, wollen wir uns einsetzen. Aber das war bei Antragstellern ja nicht der Fall. Das hat uns sehr belastet und sehr enttäuscht. Was die Frage mit „Einheit Deutschland“ betrifft, da kann ich eigentlich nur darauf hinweisen, daß wir drei Tage nach der Grenzöffnung im November 1989 eine Veranstaltung hatten über „Einheit Deutschland“, wo alle anwesenden Journalisten wie auch Gruppenvertreter sich einig waren: Auf keinen Fall die Einheit, obwohl sie schon längst vollzogen war in diesem Augenblick. Danke schön.

(Beifall)

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Ja, Propst Heino Falcke, auf Sie ist schon hingewiesen worden als einer der wichtigen Motoren des konziliaren Prozesses, aber Ihre Aktivitäten beginnen weit früher, sie beginnen bereits in den siebziger Jahren. Sie reichen auch zurück in die achtziger Jahre und hängen mit dem Versuch zusammen, den Sozialismus auszutesten auf seine Reformierbarkeit hin – „veränderlicher Sozialismus“, „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Sie haben den Weg der Gruppen solidarisch begleitet. Sie haben ihn versucht anzustoßen. Herr Hilse hat eben ein wenig das Bedauern darüber anklingen lassen, daß die Gruppen sich gelöst haben, obwohl sie ein integraler Bestandteil doch der Gemeindegarbeit waren. Herr Weißhuhn meinte, es sei der Kirche passiert, was an Oppositionsbewegung innerhalb der Kirche stattgefunden habe. Sehen Sie das ähnlich?

Propst D. Heino Falcke: Ich kann daran unmittelbar anknüpfen, Herr Hilsberg. Ich möchte vielleicht drei Punkte benennen. Mein erster Punkt ist genau, die Spannung zwischen den gesellschaftlich engagierten Gruppen und der Kirche in ihrer Intensität und Unauflöslichkeit noch einmal deutlich zu machen. Es ist ja schon gesagt worden: Das Neue dieser Gruppen war, daß sie nicht aus der Kirche, etwa aus ihren missionarischen Bemühungen

in die Gesellschaft hineinzuwirken, hervorgegangen sind, sondern daß sie gesellschaftlich verursachte Gruppen waren, die auf die Kirche zugekommen sind. Sie waren Indikatoren und Seismographen der inneren Widersprüche und der Krise der Industriegesellschaft, aber auch der bestimmten Konturen und Widersprüche der DDR-Gesellschaft. Sie kamen als schon organisierte Gruppen an die Kirche heran. Sie hatten meist schon ihre eigene Leitung und waren schwer in die traditionellen Formen von Kirche integrierbar. Gleichwohl ging der Anspruch dieser von außen kommenden Gruppen ins Zentrum des Zeugnisses der Kirche. Ehrhart Neubert hat schon in den achtziger Jahren deutlich gemacht, daß hinter den Gruppenzielen „Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung“ religiöse Motivationen stehen oder daß diese politischen Ziele religiöse Implikationen haben, Heilshoffnungen politisch formulieren. Man kann es an den Papieren der Gruppen nachweisen, daß sie die Kirche auch im einzelnen buchstäblich beim Wort nahmen. Curt Stauss hat diesen Vorgang in Meiningen erwähnt. Bei diesem Friedenstag in Meiningen – es war übrigens 1984 im September – hat Michael Beletes mit einer kleinen Gruppe einen Text gemacht, der im wesentlichen aus Zitaten von Synodenbeschlüssen des Bundes bestand, also Eintreten für gemeinsame Sicherheit, Eintreten für das Konzept des Gradualismus, es wäre noch fortzusetzen. Dasselbe gilt natürlich für die Umweltgruppen, das muß ich korrigierend zu Frau Schmoll sagen, die leider nicht mehr da ist. Die Umweltproblematik ist Anfang der siebziger Jahre ganz deutlich in den Kirchen des Bundes, in Evangelischen Akademien und natürlich dann in den Gruppen thematisiert worden. Die Berichte des „Club of Rome“ haben da sehr gewirkt, und 1974 hatten wir die erste ökumenische Konferenz über diese Fragen. Das hat sehr zurückgewirkt in die DDR. Also auch hier, auch in der Umweltfrage konnten die Gruppen die Kirche beim Wort nehmen. Dasselbe gilt natürlich für die Gerechtigkeitsfragen, wo das Eintreten gerade für die Unterdrückten und Schwachen ein Kernanliegen war. Es ist nun etwa an dem Vorgang in Meiningen zu beobachten, daß vorher eine Krisensitzung im Landeskirchenrat stattfand. Diese Aktion, dieses Wort nun öffentlich zu verlesen, und zwar parallel mit dem Friedenstag in Fulda, wurde unterbunden. Es wurde die Verlesung, nicht nur der Besuch aus Fulda bei uns, sondern die Verlesung dieses Grußwortes untersagt. Es wurde mit einer Sperrfrist versehen und durfte erst nach Wochen, als der zeitliche Zusammenhang mit dieser Aktion nicht mehr erkennbar war, publiziert werden. Die Kirche wurde beim Wort genommen, aber dieses Wort der Kirche wurde in die Konfliktzonen der Gesellschaft hineingetragen, und es wurde so etwas wie eine Konfliktinszenierung versucht, um die Öffentlichkeit herzustellen und Veränderungsimpulse auszulösen. Es gibt dann noch ein zweites Beispiel dafür, das im Juni 1989 liegt, als die Demonstrationen gegen den Wahlbetrug erfolgten und die Konferenz der Kirchenleitungen zwar deutlich an die staatlichen Adressen gesagt hat: „Nun deckt diesen Betrug

auf“, aber sich gleichzeitig warnend äußerte per Adresse der Gruppen: keine übertriebenen Aktionen und Demonstrationen. Das war das Spannungsfeld. Von seiten der Kirchenleitungen gab es diesbez

glich durchaus unterschiedliche Haltungen. Es gab ganz sicher die Strategie der Konfliktvermeidung, aber es gab auch die Sicht, die Gründe für sich geltend machen konnte: In der Situation der DDR ist alle Veränderungsstrategie letztlich nur wirksam, wenn wir die SED verändern können; und dann war die Veränderungsstrategie der Kirchenleitung: Gesprächskontakte mit den Regierungen, Veränderung von oben nach unten. Das Wort, das immer wieder gebraucht wurde: „Die Kirche ist keine politische Opposition“, empfinde ich – empfand ich schon damals – als überaus vielschichtig. Das ist eine allgemeine Wahrheit, die natürlich stimmt. Die Kirche ist keine politische Oppositionsbewegung. Ich habe hier in Erfurt bei einer Veranstaltung nach der ersten Ökumenischen Versammlung, wo ich danach gefragt wurde, ob die Kirche nun Opposition werden will, geantwortet: Die Kirche kann nicht Opposition sein. Das würde bedeuten, sie müßte die politische Macht anstreben. Aber sie kann sehr wohl, und das gehört zu ihrem Auftrag, in konkreten Situationen Opposition machen. Da sah ich durchaus einen Auftrag der Kirche, der aber in der Kirche keine Mehrheit fand. Soviel zum ersten Punkt.

Mein zweiter Punkt zu Rudi Pahnke: „Die Spaltung der Kirche im Verhältnis zu den Gruppen“. Er hat von einer Spaltung der Kirche gesprochen, und Bruder Stauss hat davon gesprochen, daß die Gruppen sich an die Kirche gewandt haben, weil sie Erfahrung im Umgang mit Gruppen hat. Ich sehe das nicht ganz so optimistisch. Die Kirche hatte mit dieser Art Gruppen, mit denen wir es hier zu tun hatten, keine Erfahrung. Sie hat ihren Umgang mit Gruppen doch weithin integralistisch strukturiert. Auch die landeskirchliche Gemeinschaft war eine in die Kirche integrierte Struktur. Der Versuch, die Gruppen in die Kirche zu integrieren, der auch durch ein Papier der berlin-brandenburgischen Kirchenleitung gemacht wurde, die Gruppen an die Gemeindeglieder anzubinden, an diese Leitungsstrukturen der Kirche anzubinden, hatte als Gegenpol die Ausgrenzung der Gruppen. Inzwischen wissen wir auch, daß die Stasi eine ähnliche Strategie verfolgte, entweder Theologisierung der Gruppen, also deren Integration und Disziplinierung durch die Kirche oder Ausgrenzung. Gysi hat das auch einmal sehr bündig gesagt: „Entweder ihr nehmt die an die Leine oder ihr laßt sie los.“ (Zwischenruf: Gysi senior.) Ja, natürlich. Die Kirche hatte Schwierigkeiten mit dem innerkirchlichen Pluralismus. Hier, Angelika Schön, würde ich auch mit Dir sagen: Hier hat die Kirche Lernbedarf. Die Struktur und Organisation der Kirche ist sozusagen monozentrisch. Von einer Mitte aus wird das kirchliche Leben organisiert und auch die kirchliche Identität besorgt. Wir standen vor der Herausforderung, ein Kirchenmodell zu entwickeln, das plurizentrisch ist, das nicht mehr hierarchisch und von einem Zentrum aus integrierbar ist, sondern nur noch synodal oder – wie wir, belehrt von der ökumenischen Bewegung, gern gesagt haben – konziliar zusammenzuhalten ist. Der bemerkenswerteste Versuch in dieser Richtung war die Ökumenische Versammlung. Dies war ein Modell von Kircheneinheit, das neu war. Es umfaßte die Gruppen, es umfaßte wirklich die Basis, die verfaßten Kirchen und die ökumenische Gemeinschaft der Kirchen. Die

ökumenische Bewegung fing an mit einer großen Basisbefragung, mit einem Aufruf. Die Thematik der ökumenischen Bewegung wurde mitbestimmt durch Gemeindegruppen, Gruppen, einzelne aus der Basis, die berühmten 11.000 bis 12.000 Zuschriften, die da kamen, und auch durch den Ansatz der Gruppen, ausgehend nämlich von der Betroffenheit. Die gesellschaftliche Realität wurde in der Ökumenischen Versammlung aufgenommen, wir hatten einen kontextuellen Ansatz, wir begannen mit den berühmten Zeugnissen der Betroffenheit. Das löste dann den größten Widerstand beim Staat aus. Die Kirchenpresse, die darüber berichtete, Gottfried Müller, der frühere Redakteur von „Glaube und Heimat“ ist anwesend, wurde verboten. Gegen mich wurde hier eine Kampagne vom SED-Chef des Bezirkes Erfurt ausgelöst, die bis in die Einwohnerversammlungen ging und die mich als Staatsfeind bezeichnete. Es war äußerste Konfrontation. Aber worum es mir in diesem Zusammenhang geht, ist: Es war ein neuer, ein konziliarer Versuch, Gruppen und Kirche zusammenzubinden. Und in der Richtung, finde ich, sollte es auch weitergehen.

Mein dritter Punkt ist „Die Funktion der Gruppen in der Gesellschaft“. Das ist innerhalb der Gruppen auch sehr umstritten gewesen: Basisdemokratische Opposition oder wirklich Veränderung der Gesellschaft durch Aufbau politischer Strukturen, oppositioneller Strukturen? Durch die Gorbatschow-Politik, die Perestroika-Politik seit 1985, bekam die gesellschaftliche Funktion der Gruppen einen enormen Schub. Es wurde zum ersten Mal auch realpolitisch erhoffbar, daß so etwas wie eine Veränderung des Sozialismus wirklich möglich sei, zugleich aber wuchs das Konfliktpotential durch die Verhärtung des DDR-Sozialismus gegen jede Perestroika. Es gab basisdemokratische Hemmungen und Blockaden in den Gruppen, sich wirklich als politisch relevante Opposition in der DDR zu formieren. Einige Gruppenvertreter haben dann die Parteien gegründet – 1989. Es gab eine sehr wichtige Konsultation der Gruppen im Juni 1989 bei der Studienabteilung des Bundes. Dort wurde zum ersten Mal durch Bärbel Boley, Edelbert Richter und andere deutlich artikuliert, daß jetzt die Gruppen aus der Kirche herausgehen müssen, um sich im politischen Raum politisch zu formieren. Es kam dann das Neue Forum, es kam der Demokratische Aufbruch, es kam Demokratie Jetzt. Dies geschah in den Gruppen, die so etwas wie ein Keim einer pluralistischen Zivilgesellschaft in der DDR waren. Diese Parteigründungen lagen in den Gruppen, aber es gab auch deutliche basisdemokratische Blockaden und Hemmungen dagegen, Spontaneität, die sich nicht institutionalisieren wollte usw. Soviel zu meinen drei Punkten.

(Beifall)

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Herr Bischof Dr. Demke, Sie sind Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, waren es vor 1989, sind es immer noch. Sie haben Ihr Amt zu einer Zeit bekleidet, als die Gruppen kulminiert sind.

Propst Falcke hat davon gesprochen, daß die Kirche Schwierigkeiten mit ihrem Pluralismus hatte. Er hat auch davon gesprochen, daß die Gruppen eigentlich einen politischen Ansatz hatten. Sie haben in einer besonderen Konfliktlinie an einer besonderen Stelle gestanden. Wenn ich es einmal provokant ausdrücken darf: Sind Sie sich manchmal ungerecht geprügelt vorgekommen?

Bischof Dr. Christoph Demke: Daß es eine Fülle von Mißverständnissen gegeben hat, die schmerzlich von mir erlebt worden sind, ist richtig. Ungerecht geprügelt wird man in jedem Leitungsamt, das ist in jeder Situation so, und das hat mit der DDR nichts zu tun. Das hängt mit der Leitung, den Verantwortungen und damit, Entscheidungen im Blick auf andere Menschen treffen zu müssen, zusammen. Die Kirchenleitungen sind in dieser ganzen Frage des Umgangs, des Sich-Verhaltens zu den Gruppen nicht einheitlich gewesen. Sowohl innerhalb der Leitungen der verschiedenen Gliedkirchen des Bundes als auch innerhalb der einzelnen Kirchleitungen, z. B. der in Magdeburg, der auch Propst Falcke angehörte, gab es Unterschiede. Insofern würde ich sagen: Pluralismus gibt es in der Kirche eine ganze Menge. Es ist schwer, und es ist auch heute noch schwer, und ich habe den Eindruck, auch in der alten Bundesrepublik ist es für die Kirchen schwer, das Phänomen des Pluralismus wirklich zu akzeptieren. Das besondere dieser Gruppen, denke ich, war nicht einfach nur der Pluralismus, sondern es war dieses basisdemokratische Moment, mit dem die Kirchenleitungen oder ich, wir, nicht zurechtkamen. Wie verhält sich das Moment der Spontanität zu den gegebenen Strukturen? Da hatten wir Schwierigkeiten wie andere große Organisationen auch. Ich habe mir überlegt, was ich nun sagen soll. Die Kirchenleitungen haben sich unterschiedlich verhalten, sie waren sehr unterschiedlich betroffen. Berlin-Brandenburg mit dem Wasserkopf Berlin z. B. am allermeisten, Görlitz oder Greifswald hatten weniger damit zu tun, Mecklenburg auch, Schwerpunkte waren dann wieder Thüringen und Sachsen, die Kirchenprovinz. Sie waren unterschiedlich betroffen, sie haben sich auch unterschiedlich verhalten. Ich denke, es gibt aber doch Fragestellungen, die alle Kirchenleitungen in gleicher Weise beschäftigt haben, auch wenn sie unterschiedlich darauf geantwortet haben. Deswegen, dachte ich, ist es vielleicht das beste, ich nenne solche Fragestellungen, die uns beschäftigt haben. Da wäre als erster Komplex, als erstes Spannungsfeld, die Frage nach der kirchlichen bzw. christlichen Identität. Die hat eine Rolle gespielt, und zwar anfänglich, als das alles noch nicht so gespannt war, in einer doppelten Richtung: Nicht nur als Kontrollfrage der Kirchenleitungen, sondern, wie schon erläutert, als Anfrage vieler Gruppen an die Kirche. Das ist durchaus von den Kirchenleitungen, soweit ich das beurteilen kann und soweit sich das in den Papieren niederschlägt, auch so erlebt worden. Das sind eigentlich unsere Aufgaben, und wir werden gefragt: Wenn ihr Kirche für andere sein wollt, dann muß das, was wir in dieser oder jener Gruppe so engagiert zu